

# Landwirte gegen den MVA-Ausbau

Von Jutta Momsen

Stapelfeld/Ahrensburg – Der Widerstand gegen die geplante Erweiterung der Müllverbrennungsanlage (MVA) Stapelfeld weitet sich immer mehr aus. Jetzt protestiert auch der Vorstand des Kreisbauernverbandes Stormarn „gegen eine Massierung der Müllverbrennung an dieser Stelle“, so Geschäftsführer Detleff Rießen. Die Landwirte in der Umgebung der MVA haben Angst, es könnte ihnen ähnlich ergehen wie holländischen Kollegen, deren Felder im Umkreis einer solchen Anlage möglicherweise nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion zugelassen werden. Auch die Forderung, die Böden in und um Stapelfeld auf mögliche Schadstoffe, wie Dioxine und Schwermetalle, zu untersuchen, wird immer lauter.

Die Ahrensburger CDU-Fraktion will erst Bodenanalysen sehen, bevor sie sich für oder gegen die geplante Erweiterung der MVA ausspricht. Die Christdemokraten liegen damit auf derselben Linie wie die Wählergemeinschaft Ahrensburg für Bürgermitbestimmung (WAB), die den Streit „versachlichen“ möchte (wir berichteten).

Die CDU gibt sich außerdem nicht mit dem Tabasaran-Gutachten, das die Erweiterung empfiehlt, zufrieden, sondern will die Abfallbeseitigung auch noch einmal aus einem anderen Blickwinkel beleuchtet sehen. Stadtverordneter Rudolf Beyrich: „Das darf nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschehen. Notfalls muß der Staat einen Zuschuß zahlen.“ „Damit die Gebühren nicht die Schmerzgrenze beim Bürger überschreiten und der Müll im Knick landet“, erklärte dazu Stadtverordneter Matthias Stern.

Die CDU-WAB-„Koalition“ ist stark genug, um eine abschließende Stellungnahme zum Ausbau der Kapazität in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung am Montag, 25. September, zu verhindern. Wegen der Diskussion über dieses Thema, die nach Einschätzung der SPD hitzig zu werden verspricht, will Bürgermeister Manfred Samusch seinen Urlaub unterbrechen, wie Erster Stadtrat Jürgen Eckert mitteilte. Samusch ist auch Vorsteher des Müllbeseitigungsver-

bandes Stormarn/Lauenburg und Aufsichtsratsvorsitzender der MVA Stapelfeld GmbH.

Die Bürgerinitiative gegen die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Stapelfeld hat sich entschlossen, auf eigene Rechnung Boden und Agrarprodukte im Emissionsbereich der MVA untersuchen zu lassen. Vorsitzender Klaus Koch aus Siek: „Das kostet 10 000 Mark. Soviel Geld haben wir aber nicht, deshalb suchen wir noch Sponsoren.“ Optik-Großunternehmer Günther Fielmann, der in Lütjensee einen Öko-Bauernhof betreibt und es für „abenteuerlich“ hält, „daß die Verantwortlichen in Schleswig-Holstein und Hamburg noch keine Bodenuntersuchungen gemacht haben“, hat sich gestern zu einem finanziellen Beitrag bereiterklärt.

Die Gemeinde Großhansdorf, in der sich die Kommunalpolitiker geschlossen gegen eine Erweiterung der MVA wehren, hat jetzt von der Landesregierung eine entmutigende Auskunft erhalten. Als Antwort auf einen im April geschriebenen Brief von Bürgermeister Uwe Petersen teilte Umweltminister Berndt Heydemann mit, daß vorerst „geringfügige Ergänzungen von Müllverbrennungsanlagen nicht auszuschließen“ seien, denn: „Die Erstellung eines ökologisch orientierten und durchgreifend wirkungsvollen Abfallkonzeptes und seine Realisierung werden uns noch viele Jahre beschäftigen.“